

## Erfolge und Forderungen der GEW

Die Umfrageergebnisse stützen die **Forderungen der GEW nach besseren Arbeitsbedingungen**. Seit langem setzen sich die Personalräte bei den Bezirksregierungen und der Hauptpersonalrat - alle mit GEW-Mehrheit - dafür ein, dass das Thema Gewalt gegen Beschäftigte ernsthaft in den Blick genommen wird und wirksame Maßnahmen zum Schutz installiert werden. Ein erster Erfolg zeichnet sich ab: Auf den Schulbereich zugeschnittene **Deeskalations- und Sicherheitstrainings** sollen baldmöglichst kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die GEW begrüßt dies, fordert aber weitere Maßnahmen wie ein **vereinfachtes Meldeverfahren bei Gewalt gegen Beschäftigte**, die verpflichtende Umsetzung eines **umfassenden Schutzplans für betroffene Beschäftigte** und die Installierung der verpflichtenden **Gefährdungsbeurteilung Gewalt**.

Für die besonders wichtige Beziehungsarbeit im Bereich der Gewaltprävention ist es erforderlich, dass die Anzahl an Lehrkräften für Sonderpädagogik und weiterem pädagogischen Personal an Förderschulen erhöht und damit Lerngruppen verkleinert werden können. Die GEW hat sich erfolgreich für den **Ausbau von Studienstandorten und -plätzen** eingesetzt und macht sich aktuell für einen **schnellstmöglichen qualifizierten Seiteneinstieg (OBAS-SF) an Förderschulen** stark. Sie fordert weiterhin die gesetzlich festzuschreibende **deutliche Verringerung der Klassenfrequenzwerte**.

## GEW-Forderungen im Überblick

- **Gefährdungsbeurteilung Gewalt (§§ 5, 6 ArbSchG)**
- **Meldeverfahren bei Gewalt – einfach, digital, rechtssicher**
- **Schutzplan mit Nachsorge für betroffene Beschäftigte an jeder Schule**
- **Deeskalations- und Sicherheitstrainings für Kollegien – angepasst an Förderschwerpunkte, flächendeckend, regelmäßig, kostenlos**
- **Soziale Ansprechpartner:innen (SAP) in allen Regierungsbezirken**
- **Supervisionsangebote – flächendeckend, kostenlos**
- **Unterstützung der Schulen auf dem Weg zur Installierung erforderlicher Hilfen für selbst- und fremdgefährdende Schüler:innen**
- **Umsetzung des „Übereinkommens Nr. 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt“, insbesondere Artikel 6, 9, 10 und 11.**  
<https://www.recht.bund.de/bgbl/2/2023/142/VO.html>
- **Ausweitung der Studienstandorte auf alle Förderschwerpunkte**
- **Qualifizierter Seiteneinstieg an Förderschulen (OBAS-SF)**
- **Verringerung der Klassenfrequenzwerte**
- **Verbesserung der Schulraumsituation**